

***Große Anfrage der Fraktionen der CDU und der SPD******Offshore Windenergie – Chance für Bremerhaven***

Angesichts des weltweit stark wachsenden Energiebedarfs, knapper werdender Ressourcen und steigender Energiepreise sowie dem immer offensichtlicher werdenden Klimawandel können erneuerbare Energien einen Beitrag zur Energieversorgung und zum Klimaschutz leisten. Durch das Stromeinspeisungsgesetz von 1991 und das Erneuerbare Energiegesetz (EEG) vom 1. April 2000 hat die Nutzung der Windenergie in den letzten Jahren eine rasche Entwicklung genommen.

Das Land Bremen hat die Herausforderungen und Chancen des Zukunftsmarktes Windenergie erkannt und angenommen. Insbesondere im Bereich der Gewinnung von Windenergie auf See (Offshore) gilt es, den Standortvorteil Bremerhavens zu nutzen. Die auf See zu errichtenden Windenergieanlagen im 5-MW-Bereich haben eine Größe, die eine Herstellung direkt an der Küste notwendig macht.

Bremerhaven hat dabei handfeste Standortvorteile wegen seiner Nähe zur Nordsee und den Windparks, seiner Wassertiefe, der Nähe seiner Kajen und Umschlagsmöglichkeiten, seiner Verkehrsanbindung an das Hinterland und seinen wissenschaftlichen Einrichtungen.

Der Senat hat mit der Drucksache 15/1375 vom 11. Februar 2003 ein Konzept vorgelegt und aufgezeigt, wie sich das Land als Entwicklungs- und Produktionsstandort positionieren kann, um den Herausforderungen der Windenergienutzung an Land und auf See gerecht zu werden, und hat den Bereich Offshore schwerpunktmäßig Bremerhaven zugeordnet.

Wir fragen den Senat:

1. Welche Infrastrukturmaßnahmen sind in Bremerhaven durchgeführt worden bzw. befinden sich in der konkreten Realisierungsphase?
2. Welche Firmen konnten angesiedelt werden oder wurden gegründet, oder welche Ansiedlungen wurden belastbar in Aussicht gestellt?
3. In welcher Höhe sind Mittel eingesetzt worden, um die Firmenansiedlungen zu ermöglichen (aufgeschlüsselt nach einzelbetrieblichen und strukturpolitischen Maßnahmen)?
4. Welche wissenschaftlichen Einrichtungen und Institutionen sind in Bremerhaven etabliert oder konnten angesiedelt werden oder wurden gegründet, oder welche Ansiedlungen wurden belastbar in Aussicht gestellt?
5. Wie viele Arbeitsplätze konnten jeweils geschaffen werden oder wurden belastbar in Aussicht gestellt (bitte für Frage 2 und Frage 3 getrennt aufschlüsseln)?
6. Welche weiteren Infrastrukturaktivitäten sind geplant und notwendig, um weitere Ansiedlungserfolge insbesondere im südlichen Fischereihafen zu erzielen?
7. Wie kann der auch in diesem Bereich zu erwartende Arbeitskräftebedarf insbesondere im Bereich von Ingenieuren und Naturwissenschaftlern in Kooperation mit der Hochschule Bremerhaven und andere Institutionen befriedigt werden?

8. Wie beurteilt der Senat die bisherigen Aktivitäten der Fraunhofer-Gesellschaft in Bremerhaven, welche Perspektive sieht der Senat für weitere Aktivitäten, und wie kann eine Unterstützung im Rahmen des zukünftigen EU-Ziel-2-Programms gewährleistet werden?
9. Welche Möglichkeiten gibt es, Windenergie netzunabhängig zu speichern und zu nutzen, und wie werden diese Optionen eingeschätzt?
10. Welche weitergehenden Rahmenbedingungen hält der Senat für erforderlich, um der Offshore-Windenergie im Lande Bremen zu einer nachhaltigen Entwicklung zu verhelfen?
11. Welche Erwartungen hat der Senat hinsichtlich positiver Auswirkungen der aktuellen politischen Entwicklung in den Bereichen Windenergie und Offshore auf das Land Bremen, und insbesondere auf den Standort Bremerhaven?
12. Welche Gesamtstrategie verfolgt der Senat hinsichtlich der Entwicklung der Windenergie unter besonderer Berücksichtigung des Offshore-Bereichs, und welche ressortübergreifende Zusammenarbeit gibt es dabei?

Karin Tuczek, Dr. Iris Spieß, Frank Imhoff,  
Hartmut Perschau und Fraktion der CDU

Marlies Marken, Karin Garling, Cornelia Wiedemeyer,  
Dr. Carsten Sieling und Fraktion der SPD